

Bern

Die Angst der Kurden vor der Ausschaffung

Gerichtsprozess in Biel Emotionen, Widersprüche und ein überraschender Zeuge: Der erste Prozesstag rund um die angebliche Folter eines türkischen Spitzels hatte es in sich.

Michael Bucher

Es ist auf vielen Ebenen ein aussergewöhnlicher Prozess, der seit gestern Mittwoch am Regionalgericht in Biel verhandelt wird. Vier Beschuldigte sind angeklagt. Sie sollen einen Bekannten übel zugerichtet haben. Die Gewalttat tritt am ersten Verhandlungstag jedoch immer wieder in den Hintergrund. Denn der Fall ist überschattet von einem politischen Konflikt, der sich hauptsächlich 2000 Kilometer östlich der Schweiz abspielt.

Im Kern geht es um vier in der Schweiz lebende Kurden im Alter zwischen 34 und 45 Jahren, die ihren langjährigen Kollegen bedroht und verprügelt haben sollen. Ihr Verdacht: Der 37-jährige türkischstämmige Mann soll die kurdische Diaspora im Kanton Bern ausspioniert und direkt dem türkischen Geheimdienst rapportiert haben.

Es klingt abenteuerlich, abwegig ist es allerdings nicht. So ist zum einen hinlänglich bekannt, dass der türkische Staatsapparat nicht nur im Heimatland gegen die kurdische Autonomiebewegung vorgeht, sondern seine Fühler auch ins Ausland ausstreckt, um gegen Widersacher vorzugehen. Zum anderen ist auch die Bundesanwaltschaft vom Denunziantentum des Türken überzeugt und führt ein Strafverfahren gegen ihn wegen qualifizierten politischen Nachrichtendienstes. Dieser streitet die Vorwürfe ab.

«Gefängnis oder Tod»

Die Ausgangslage ist also äusserst delikat. Das zeigt sich im Gerichtsgebäude auch dadurch, dass gleich mehrere Polizisten präsent sind. Während der Verhandlung macht sich die emotionale Angespanntheit hier und da bemerkbar. Das Opfer etwa gibt sich wortkarg, verweist bei den meisten Fragen auf die früheren Aussagen. Fast scheint es, als wolle der Mann seine Peiniger – die nur knapp zwei Meter hinter ihm sitzen – nicht verärgern.

Während seiner Aussagen schütteln die Angeklagten hinter ihm immer wieder den Kopf. Einer unterbricht einmal die Übersetzerin, weil er mit einem Wort



Vier Kurden müssen sich vor dem Gericht in Biel verantworten. Illustration: Karin Widmer

nicht einverstanden ist. Ein andermal verwirft derselbe Angeklagte die Hände und lacht ob einer Aussage des Opfers, sodass ihn der Gerichtspräsident massregelt: «Lassen Sie die Faxen, wir sind hier nicht im Kabarett.»

Die Angespanntheit der Beschuldigten ist insofern verständlich, weil für sie viel auf dem Spiel steht. Die drohende Freiheitsstrafe verkommt dabei fast zur Nebensächlichlichkeit. Was die Männer viel mehr fürchten: ein Landesverweis in die Türkei. Auf die Frage, was ihnen dort drohen könnte, antwortet einer von ihnen: «Das Gefängnis oder der Tod.»

Prügel und Todesdrohungen

Wie konnte es so weit kommen? Und damit rücken die Taten in den Vordergrund, um die es am Bieler Gericht geht. Gemäss Anklageschrift machte sich der im Kanton Bern wohnhafte Pizzaiolo am Abend des 7. Mai 2019 auf,

um arbeiten zu gehen. Als er in der Pizzeria ankam, warteten dort sechs Kollegen auf ihn – darunter der Inhaber. Sie sollen ihn gepackt und in den Keller des Restaurants gezerrt haben.

Dort setzten ihn die mutmasslichen Täter auf einen Stuhl und nahmen ihm Handy, Portemonnaie und Schlüssel ab, wie es in der Anklageschrift weiter heisst. Danach soll es zu einem brutalen Verhör gekommen sein, das sich über sechs Stunden hinzog. Der Pizzaiolo sollte zugeben, dass er als Spitzel für den türkischen Geheimdienst arbeitet.

Die mutmasslichen Täter sollen ihn dabei mit Faustschlägen und Fusstritten traktiert sowie zweimal für jeweils zehn Minuten nur mit Hosen bekleidet in den begehbaren Tiefkühlraum der Pizzeria eingeschlossen haben. Dem Mann sei gedroht worden, dass man ihm «alle Knochen brechen, ihn zerstückeln, ihn bis

Die Täter sollen das Opfer zweimal für zehn Minuten nur mit Hosen bekleidet in den Tiefkühlraum der Pizzeria eingeschlossen haben.

zum nächsten Morgen im Tiefkühler lassen» werde, wie es in der Anklageschrift weiter heisst. Ausserdem hätten ihm die Beschuldigten Fotos seiner Kinder gezeigt und ihm gedroht, seine Familie zu vernichten.

Freiheitsberaubung, versuchte Nötigung und einfache Körperverletzung sind die Anklagepunkte gegen die vier. Und die

anderen beiden Mittäter? Einer konnte nie identifiziert werden, der andere soll flüchtig sein, wie der «Tages-Anzeiger» in einer früheren Recherche berichtete.

Jene vier, die vor Gericht sind, bestreiten die Foltervorwürfe. Für sie gilt die Unschuldsvermutung. Auch sie schweigen, verweisen auf ihre früheren Aussagen. Diese weisen zum Teil Widersprüchlichkeiten auf. Dasselbe gilt auch für das Opfer.

In der Türkei verhaftet

Aussergewöhnlich ist an diesem Tag auch, dass die bemerkenswertesten Aussagen von einem Zeugen gemacht werden, der gar nicht eingeplant war. Dabei handelt es sich um den Bruder des Pizzeria-Besitzers. Er wurde vor vier Jahren bei einer Reise in die Türkei verhaftet, weil der türkische Geheimdienst von einem Spitzel über dessen Besuch informiert worden war. Beim De-

nunzianten soll es sich um den Bieler Pizzaiolo gehandelt haben.

Und nun sitzt dieser Mann als Zuschauer im Gerichtssaal. Bemerkenswert hat es ein Anwalt eines Angeklagten. Sofort bittet er das Dreiergericht, diesen wichtigen Zeugen spontan hier und jetzt zu befragen. Das Gericht stimmte dem zu. Also tritt der Mann nach vorn und schildert sein erschütterndes Erlebnis.

Er sei wegen der Hochzeit seiner Schwester mit der Familie in die Türkei geflogen. «Kaum war ich aus dem Flugzeug gestiegen, hat mich ein Antiterrorkommando festgenommen – und das vor meinen Kindern», sagt er. «Man sperrte mich fünf Tage in einen kleinen Raum und folterte mich.»

Immer wieder habe man ihm ein Foto gezeigt. Darauf abgebildet: er selbst vor einem Porträt Abdullah Öcalans – des Führers der kurdischen Untergrundorganisation PKK, die in der Türkei als Terrororganisation gilt, nicht jedoch in der Schweiz.

«Drei Monate sass ich im Gefängnis», erzählt der Mann, «raus kam ich nur, weil ich mich freikaufen konnte.» Er und seine Familie seien nach wie vor traumatisiert. Er könne nicht mehr in sein Heimatland zurück, das Gleiche gelte für seine vier Kollegen vor Gericht.

Zwei der vier Beschuldigten droht bei einer Verurteilung die Ausschaffung in die Türkei, weil Freiheitsberaubung eine Straftat ist, die einen obligatorischen Landesverweis nach sich zieht. Es sei denn, das Gericht kommt zum Schluss, dass ein persönlicher Härtefall vorliegt. Mit Spannung blicken die Angeklagten also auf den kommenden Montag, wenn ihr Urteil verkündet wird.

Das Urteil wird auch das Opfer mit Spannung erwarten. Es könnte erhebliche Auswirkungen auf das derzeit sistierte Strafverfahren gegen ihn haben. Im Zentrum steht dabei sein Handy, auf dem sich Beweise für seine Spionagetätigkeit befinden sollen. Sollten seine Peiniger schuldig gesprochen werden, könnte das Handy als Beweismittel wegfallen, da es gewaltsam – sprich widerrechtlich – erlangt worden ist.

Auftakt zum Demo-Herbst vor den Wahlen

Demonstrationen Mehr Lohn und Klimaschutz. Mit diesen Forderungen startet der Demo-Herbst. Was genau sind die Inhalte der Demos?

Der Herbst wird politisch. Während die Wahlvorbereitungen auf Hochtouren laufen, finden im September in Bern gleich zwei Demonstrationen statt. Die Themen sind politisch zentral: Es geht um Wohlstand und das Klima.

Wohlstand für die «breite Bevölkerung»

Es sind klassisch linke Forderungen, die an der Kaufkraft-Demo am kommenden Samstag gestellt werden. «Für eine Mehrheit der Arbeitnehmenden ist es jetzt absolut entscheidend, eine vierte Minuslohnrunde in Folge zu verhindern», sagt Urban Hodel, Mediensprecher des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB).

Gefordert werden höhere Löhne und Renten, ein Mietendeckel und tiefere Prämien. Zur Demonstration aufgerufen haben der Schweizerische Gewerkschaftsbund, Travailsuisse, die SP und die Grünen.

Mit dem Leitmotiv Wohlstand für die «breite Bevölkerung» hat das Organisationskomitee ein klassisch linkes Thema gewählt, das mehr und mehr von rechten Parteien aufgegriffen wird. Will die SP durch ihre Unterstützung der Demonstration verlorene Wahlstimmen zurückholen? «Nein», sagt Nicolas Haesler, Mediensprecher der SP, «die SP fokussiert sich seit Jahren stark auf die Kaufkraft und hat sich schon immer für höhere Löhne eingesetzt.» Auf der aktuellen Wahl-

kampfgenda der SP steht dieses Thema zuoberst.

Für Urban Hodel ist aber klar: «Unabhängig von Parteipolitik muss ein Zeichen gesetzt werden.» Denn während die Löhne der oberen Einkommensschicht stiegen, müsse die breite Bevölkerungsschicht an Realeinkommen einbüßen.

Das vermag die Massen zu mobilisieren: Die Veranstaltenden rechnen mit mehreren Tausend Teilnehmenden.

Ein breites Bündnis für Klimagerechtigkeit

Bei der zweiten Kundgebung dreht sich alles ums Klima, das zuletzt mit dem Begriff «Klimakleber» eine starke Polarisierung erfahren hat. Für die Klima-

Allianz, welche die nationale Klimademonstration am 30. September organisiert, ist das umso mehr ein Grund, zu mobilisieren. Neben den Mitgliedern der Klima-Allianz beteiligen sich auch SP, Grüne und die GLP an der Klimademonstration. Sie soll ein Appell an das Parlament sein, schneller Klimaschutzmassnahmen umzusetzen.

Doch auch an die Bevölkerung soll sich die Demonstration richten. «Verschiedene Berufsgruppen werden als Demoblöcke an der Kundgebung teilnehmen», sagt Lena Bühler von der Klima-Allianz. So zum Beispiel aus dem Gesundheitswesen oder der Landwirtschaft. Es soll gezeigt werden, wie die Menschen von der Klimakrise direkt betroffen

sind. Laut Bühler hat nämlich das Interesse am Klimaschutz bei der Bevölkerung nicht abgenommen: «Die Klimakrise gehört immer noch zu den grössten Sorgen der Schweizer Bevölkerung.»

Doch wenn dem so ist, warum hatten dann verschiedene kleinere Klimademonstrationen in der Vergangenheit Mühe, zu mobilisieren? «Viele glauben nicht mehr, dass Demonstrationen zu mehr Klimaschutz führen», schätzt Bühler die Lage ein. Und einige hätten sogar allgemein die Hoffnung verloren, dass das Ruder noch herumgerissen werden könne. Dagegen will die Klima-Allianz am 30. September vorgehen: «Nach der Demo gibt es verschiedene Vernetzungsmöglichkeiten, um die Klimabewegung

nachhaltig zu stärken», sagt sie. Die Bewilligung der Demonstration wurde für 20'000 Teilnehmende eingereicht.

Bisher keine Sicherheitsbedenken

Beide Demonstrationen sind bewilligt. Der Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause (Die Mitte) blickt ihnen eher gelassen entgegen. «Aber wir beobachten die Situation», schränkt er ein. Im Oktober wird es vor den Wahlen keine weiteren Kundgebungen mehr geben. Die vom Gemeinderat erlassenen Regeln lassen keine Demonstrationen auf dem Bundesplatz an den Oktobertagen vor den Wahlen zu.

Lisa Kwasny